

# WAHLPRÜFSTEINE

DER DIENSTLEISTUNGSVERBÄNDE BADEN-WÜRTTEMBERG  
ZUR LANDTAGSWAHL 2011



**WAHL  
PRÜF  
STEINE**



*„Der Mittelstand ist die tragende Säule der baden-württembergischen Wirtschaft. Verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik bedeutet daher immer auch aktive und gestaltende Mittelstandsförderung.“*

*Peter Schmid, Präsident DEHOGA Baden-Württemberg*

2\_Vorwort

3\_Mittelstand

4\_Steuerpolitik

5\_Arbeitsmarktpolitik

6\_Berufsausbildung

7\_Europapolitik

8\_Produktions- und  
Logistikstandort9\_Verbraucher- und  
Datenschutz

10\_Kontaktadressen

11\_Kontaktadressen

12\_Die Verbände in Zahlen

Sehr geehrte Kandidatin, sehr geehrter Kandidat,

unserer 1993 gegründeten Arbeitsgemeinschaft gehören die wichtigsten Dienstleistungsbranchen Baden-Württembergs an: Einzelhandel, Hotellerie und Gastronomie, Groß- und Außenhandel, Handelsvermittlungen und Speditionen. Wir haben uns die gemeinsame Vertretung branchenübergreifender Interessen gegenüber der Politik und Öffentlichkeit zum Ziel gesetzt.

Zusammen repräsentieren wir mit etwa 92.000 überwiegend mittelständischen Unternehmen, ca. 1.000.000 Beschäftigten, rund 38.000 Auszubildenden und etwa 232 Milliarden Euro Jahresumsatz einen starken und wichtigen Teil der Wirtschaft unseres Bundeslandes.

Die immer stärker zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors ist unbestritten. In Baden-Württemberg trägt der Dienstleistungssektor infolge des Strukturwandels bereits 60 Prozent zur Wertschöpfung bei, stellt 60 Prozent der Ausbildungsplätze, zwei Drittel der Arbeitsplätze sowie fast 80 Prozent der Unternehmensgründungen.

Dienstleistungsbranchen waren in den Krisenjahren 2009 und 2010 stabilisierende Elemente und sind jetzt wieder Wachstumsmotoren der Wirtschaft. Für ein weiteres Wachstum benötigen unsere Branchen aber dringend Rückenwind aus der Politik.

Am 27. März 2011 sind die Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs aufgerufen, bei der Landtagswahl die Zusammensetzung des Landtags für die kommenden fünf Jahre zu bestimmen.

Nach den positiven Erfahrungen bei früheren Landtagswahlen möchte die Arbeitsgemeinschaft der Dienstleistungsverbände Baden-Württemberg auch dieses Mal die Gelegenheit nutzen, Ihnen - den zur Wahl stehenden Kandidatinnen und Kandidaten - mit unseren Wahlprüfsteinen in gebündelter Form diejenigen Fragen und Forderungen zu übermitteln, die aus unserer Sicht für eine qualifizierte Wahlentscheidung notwendig und wichtig sind.

Wir erwarten daher von Ihnen noch vor der Wahl Antworten auf die hier gestellten Fragen, die unsere Branchen drängen.

Bitte nutzen Sie hierfür unsere Internetseite [www.dlv-bw.de](http://www.dlv-bw.de), auf der Sie zu den hier angesprochenen Themen Stellung beziehen können oder senden Sie uns eine Mail an [landtagswahl@dlv-bw.de](mailto:landtagswahl@dlv-bw.de)

Wir wünschen Ihnen für Ihre Kandidatur viel Erfolg.  
Ihre Arbeitsgemeinschaft der Dienstleistungsverbände Baden-Württemberg



## MITTELSTAND IM FOKUS

Die Arbeitsgemeinschaft der Dienstleistungsverbände beobachtet mit Sorge die Tendenz, im Bereich der Mittelstandsförderung Haushaltsmittel zunehmend durch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zu ersetzen. Dies entlastet zwar kurzfristig den Landeshaushalt, führt aber gleichzeitig zu einer Einschränkung der Gestaltungsfreiheit in der Mittelstands-Förderpolitik des Landes sowie zur Frage, wie eine aktive Mittelstandspolitik nach Auslaufen der ESF-Förderung im Jahr 2013 finanziert werden kann. Bereits heute läuft Baden-Württemberg Gefahr, z. B. bei Investitionen in Berufsbildungsstätten nicht alle dafür zur Verfügung stehenden Bundes- und EU-Fördermitteln abrufen zu können, da die notwendige Co-Finanzierung aus Haushaltsmitteln nicht gegeben ist.

## WIR FORDERN

- Die zur Förderung einzusetzenden Haushaltsmittel langfristig festzulegen und damit Spielräume zu schaffen für eine eigenständige, gestaltende Mittelstandsförderung
- Co-Finanzierungen des Landes für wichtige Zukunftsinvestitionen, z. B. in Einrichtungen der beruflichen Bildung sicherzustellen
- Wachstumsstarke und beschäftigungsintensive Bereiche der mittelständischen Dienstleistungswirtschaft in fairer und angemessener Weise als zukunftssträchtige Kernbereiche und Schwerpunktfelder der Wirtschaftspolitik zu berücksichtigen

## FRAGEN AN DIE POLITIK

- Welche Akzente wollen Sie in der Mittelstandspolitik setzen und welche Rolle spielt die Förderung der Dienstleistungswirtschaft hierbei?
- Planen Sie, die einzelbetriebliche Förderung mittelständischer Unternehmen, z. B. durch zinsverbilligte Darlehen, bezuschusste Beratungs- und Weiterbildungsangebote im bestehenden Umfang zu erhalten oder auszuweiten?
- Durch welche Maßnahmen zum Bürokratieabbau wollen Sie mittelständische Betriebe im Land entlasten?

FRAGEN  
FORDERUNGEN

THEMA

ZITAT

VORWORT

„Nur eine transparente und faire Unternehmensbesteuerung sowie eine leistungsfreundliche Einkommensbesteuerung können den Aufschwung nachhaltig sichern.“

Martin Brunner, Präsident Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung und Vertrieb Baden-Württemberg (CDH)



THEMA

## MIT DER RICHTIGEN STEUERPOLITIK DEN WIRTSCHAFTSSTANDORT BADEN-WÜRTTEMBERG STÄRKEN

Die derzeitige Steuerpolitik ist rein fiskalisch orientiert und führt zu einer stetig wachsenden Regelungsdichte. Leitgedanke einer zukunftsorientierten Steuerpolitik muss aus Sicht der Unternehmen vielmehr eine Politik sein, die Wachstumsimpulse setzt, die wirtschaftliche Dynamik unterstützt und damit den Beschäftigungsaufbau stärkt. Dazu bedarf es einer umfassenden Entbürokratisierung.

Gleichzeitig müssen vor allem die mittleren Einkommen deutlich entlastet werden, um den Binnenkonsum und so den Aufschwung nachhaltig zu stärken.

### WIR FORDERN

- Keine Besteuerung von Kosten, wie es bei der Gewerbesteuer der Fall ist
- Rechtsform- und organisationsneutrale Besteuerung (z. B. Kapitalertragsteuer)
- (mittelfristig) Abschaffung der Erbschaftsteuer für Unternehmen
- Abbau von Steuerbürokratie: Aufzeichnungspflichten für die Unternehmen reduzieren
- Mehr Netto vom Brutto – Stärkung des privaten Konsums
- Beseitigung der „Kalten Progression“
- Verlässlichkeit und Planungssicherheit für Unternehmen

### FRAGEN AN DIE POLITIK

- Wie und wann wollen Sie ein transparentes und effizientes Steuersystem schaffen?
- Welches sind die Akzente innerhalb Ihres Steuermodells, die nachhaltig Wachstum fördern sollen?
- In welcher Form arbeiten Sie an der Realisierung Ihres Modells?

FRAGEN FORDERUNGEN

„Die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre.“

Gerhard Esterhammer, Präsident VDGA Baden-Württemberg



THEMA

## SICHERUNG DES FACHKRÄFTEBEDARFS ALS ZENTRALER BAUSTEIN

Qualifiziertes Personal ist für Handels- und Dienstleistungsunternehmen von entscheidender Bedeutung. Aufgrund der demografischen Entwicklung stehen immer weniger Arbeitskräfte zur Verfügung. Verschärft wird dieses Nachwuchsdefizit durch den steigenden Anteil von Schulabgängern mit fehlender Ausbildungsreife. Gleichzeitig gibt es noch eine große Zahl Langzeitarbeitsloser, Geringqualifizierter und nicht erwerbstätiger Menschen. Um diese Potenziale zu nutzen, bedarf es umfassender Anstrengungen aller Beteiligten. Bestehende Beschäftigungshürden müssen beseitigt und Beschäftigungsanreize gestärkt werden. Dafür brauchen wir neben einer konsequenten Fortsetzung der Politik des Förderns und Forderns eine stärker beschäftigungsorientierte Bildungs- und Familienpolitik.

### WIR FORDERN

- Verbesserte Kinderbetreuungsmöglichkeiten durch flexible, am Arbeitsmarkt orientierte Öffnungszeiten der Kindergärten, die den Frauen einen ungehinderten Wiedereinstieg in das Berufsleben ermöglichen
- Erweiterung des Angebotes an Ganztagschulen
- Förderung der frühkindlichen und schulischen Bildung
- Aktivierung Arbeitsloser zur Vermittlung bzw. Qualifizierung
- Transferleistungen auf den Prüfstand zu stellen, um Beschäftigungsanreize zu stärken, denn vielfach sind gerade bei einfachen Tätigkeiten die Leistungsanreize durch Transferleistungen negativ verzerrt und Arbeit daher für viele nicht interessant
- Flexible Beschäftigungsformen, wie Zeitarbeit und Befristungen als notwendige Instrumente der Arbeitsmarktpolitik anerkennen, statt sie erneut regulieren
- Abschaffung des Vorbeschäftigungsverbotes im Teilzeit- und Befristungsgesetz, wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart

### FRAGEN AN DIE POLITIK

- Was wollen Sie unternehmen, um den Fachkräftebedarf in Baden-Württemberg sicherzustellen?
- Durch welche Maßnahmen werden Sie für eine arbeitsplatzorientierte Kinderbetreuung Sorge tragen?

FRAGEN FORDERUNGEN

*„Nur wer gute Berufsperspektiven bieten kann, wird künftig ausreichend qualifizierte Mitarbeiter finden. Berufliche Chancen zu schaffen und dabei möglichst niemanden auszugrenzen, ist daher eine zentrale Herausforderung für Politik und Wirtschaft.“*

*Eva Maria Rühle, Vorsitzende der Fachgruppe Berufsbildung im DEHOGA Baden-Württemberg*



THEMA

## BERUFSAUSBILDUNG – DER SCHLÜSSEL ZUR SICHERSTELLUNG DES FACHKRÄFTEBEDARFS

Das mittelständische Dienstleistungsgewerbe repräsentiert mit derzeit 38.600 Auszubildenden 18 Prozent aller Ausbildungsverträge in Baden-Württemberg. Angesichts des demographischen Wandels steht die Dienstleistungsbranche vor der schwierigen Herausforderung, die Versorgung mit qualifizierten Fachkräften langfristig sicherzustellen. Der Schlüssel hierfür liegt in attraktiven, chancenreichen Ausbildungsangeboten für junge Menschen im Rahmen des bewährten dualen Ausbildungssystems. Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit dieses Systems schwächen, sind daher ebenso abzulehnen wie die Tendenz der „Verschulung“ und übertriebenen Akademisierung von Ausbildungswegen.

### WIR FORDERN

- Eine Politik, die die Bedeutung des dualen Systems erkennt und die Ausbildung nicht „verschult“
- Die Anerkennung der Bedeutung der dualen beruflichen Bildung in vollem Umfang (duale Ausbildung und weiterführende Meisterprüfung), sowie die adäquate Einordnung in den nationalen Qualifikationsrahmen unter Einbindung der jeweils betroffenen Branchen
- Die Verbesserung der Ausbildungsreife von Jugendlichen durch die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen und die frühzeitige Ausrichtung auf die Anforderungen einer späteren Berufsausbildung
- Die Stärkung zweijähriger Ausbildungsberufe, um auch leistungsschwächeren Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu geben

### FRAGEN AN DIE POLITIK

- Welche bildungspolitischen Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung der Ausbildungsreife von Jugendlichen und zur Vermittlung sozialer Schlüsselqualifikationen?
- Wie soll die Wettbewerbsfähigkeit des dualen Ausbildungssystems nachhaltig gesichert und gestärkt werden?
- Weshalb bewerben Sie die Ausbildung in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) mehr als die Ausbildung in den Dienstleistungsbranchen?

FRAGEN FORDERUNGEN

*„Die Dienstleistungsbranchen in Baden-Württemberg agieren in einem Markt, dessen Gesetze heute zu 80 Prozent ihren Ursprung in Brüssel haben. Deshalb erfordert die europäische Gesetzgebung Augenmaß, damit die Unternehmen vor Ort ohne zusätzliche Hemmnisse oder Hürden agieren können.“*

*Horst Lenk, Präsident Handelsverband Baden-Württemberg*



THEMA

## DEN EUROPÄISCHEN BINNENMARKT SINNVOLL GESTALTEN

Mehr als 80 Prozent der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die auch für den Einzelhandel in Deutschland relevant sind, haben ihren Ursprung in Brüssel. Europäische Verordnungen und Richtlinien entscheiden damit über den Gestaltungsrahmen unserer Branchen. Zu den für die Dienstleistungsbranchen aktuell relevanten Themen gehören etwa Antidiskriminierung im zivilen Bereich, soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR), für die Wirtschaft umsetzbare Verbraucherschutzbestimmungen, nachhaltiger Konsum und europäischer Stadtverkehr. Europapolitik geschieht nicht isoliert, nicht ohne die Mitgliedstaaten. Landes- und Bundesregierung müssen die Belange der baden-württembergischen Wirtschaft aktiv und rechtzeitig in Verhandlungen auf EU-Ebene einbringen.

### WIR FORDERN

- Keine Überregulierungen auf EU-Ebene
- Keine lenkungspolitischen Maßnahmen zum Beispiel in Richtung Protektionismus
- Kein Draufsatteln auf Europäische Standards (Gold Plating)
- Akzeptanz und Honorierung freiwilliger Aktivitäten der Wirtschaft (Beispiele: Nachhaltigkeit, CSR, Ernährungspolitik)
- Gleichberechtigten Zugang baden-württembergischer Unternehmen zu Förderprogrammen der EU
- Einheitlichen Verbraucherschutz in Europa auf vernünftigem Niveau

### FRAGEN AN DIE POLITIK

- Wie setzen Sie sich für eine ausgewogene EU-Gesetzgebung und eine angemessene Umsetzung ein?
- Wie wollen Sie die Unternehmen aus Baden-Württemberg, die in ihrem Handeln enorm von der EU-Gesetzgebung beeinflusst sind, künftig besser in Entscheidungsprozesse innerhalb der EU einbeziehen?

FRAGEN FORDERUNGEN

„Voraussetzung für den erfolgreichen Produktionsstandort Baden-Württemberg ist eine funktionierende Logistik.“

Gerd-Jürgen Britsch, Präsident Verband Spedition und Logistik Baden-Württemberg



## STÄRKUNG DES PRODUKTIONS- UND LOGISTIKSTANDORTES BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Exportland Baden-Württemberg profitiert von der starken internationalen Nachfrage nach hier hergestellten Produkten. Unabdingbare Voraussetzung für eine Weiterentwicklung dieser Erfolgsgeschichte ist eine ausgeklügelte Logistik. Baden-Württemberg hat aufgrund seiner geografischen Lage als Transitland an Bedeutung gewonnen und damit verbunden einen großen Verkehrszuwachs zu bewältigen. Dies bedingt neben einer sinnvollen Verzahnung der Verkehrsträger Bahn, Binnenschifffahrt und Straßengüterverkehr auch den gebotenen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Dabei ist erfreulich, dass die Wasserstrasse Neckar durch die Schleusenverlängerungen zukunftsfähig gemacht wird.

### WIR FORDERN

- Adäquater Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bei Straße, Schiene und Binnenwasserstraße
- Ausweisung von Logistikflächen
- Keine weiteren Belastungen im Verkehrsbereich
- Realisierung der Bahnprojekte Stuttgart 21 / Neubaustrecke Wendlingen – Ulm

### FRAGEN AN DIE POLITIK

- **Wie stellt die Politik sicher, dass Baden-Württembergs starke Position als Exportland nicht auf Grund von Mobilitätsengpässen verloren geht?**
- **Die Bedeutung Baden-Württembergs als Transitland muss finanziell ausreichend gewürdigt werden. Wie kann dieses Problem gelöst und welcher Zeitrahmen kann realistisch zu Grunde gelegt werden?**

„Die Kundenwünsche stehen für alle Dienstleistungsunternehmen im Mittelpunkt. Wichtige Aspekte sind dabei die Produktsicherheit, Qualität auf höchstem Niveau und ein verantwortungsvoller Datenschutz.“

Philipp Frese, Vizepräsident Handelsverband Baden-Württemberg



## FÜR EINEN ANGEMESSENEN VERBRAUCHER- UND DATENSCHUTZ

Verbraucherschutz und Produktsicherheit haben für die Dienstleistungsbranchen höchste Priorität. Die Unternehmen nehmen ihre Verantwortung sehr ernst. Sie steigern kontinuierlich die Sicherheits- und Qualitätsstandards für ihre Produkte und Dienstleistungen über die bereits heute strikten gesetzlichen Vorgaben hinaus. Die Dienstleistungsbranchen befürworten ausgewogene Verbraucherschutzregelungen, die einen fairen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen der Kunden und den Anforderungen an die Unternehmen herstellen. Auch Regelungen zum Datenschutz sollten mit Augenmaß und an realistischen Anforderungen festgelegt werden.

### WIR FORDERN

- Verbraucherinformation und Datenschutz müssen für alle Unternehmen aber praktikabel und finanzierbar sein
- Kennzeichnungs- und Informationspflichten müssen wettbewerbs- und branchenneutral sein: Auch kleine und mittelständische Unternehmen müssen neue Regelungen kostengünstig umsetzen können
- Regulierungen müssen sich am Leitbild des mündigen Verbrauchers orientieren
- Die Verantwortung für ein Produkt muss eindeutig dem Hersteller zugewiesen werden. Nur der auf dem Produkt angegebene Hersteller kann im Gegensatz zum Unternehmer aus den Branchen Groß- und Außenhandel, Spedition und Logistik oder Einzelhandel den Behörden und Verbrauchern umfassend alle notwendigen Informationen zu seinem Produkt übermitteln
- Alle Kennzeichnungspflichten und Vorgaben zum Verbraucherschutz müssen regelmäßig auf Notwendigkeit, Verständlichkeit und vor allem auf Praktikabilität überprüft werden
- Die Politik sollte den mündigen Verbraucher als Leitbild in Sachen Verbraucher- und Datenschutz formulieren

### FRAGEN AN DIE POLITIK

- **Wie wollen Sie Verbraucherschutz kundenfreundlich und zugleich wirtschaftsverträglich gestalten?**
- **Wie stellen Sie sicher, dass die Unternehmen nicht über Gebühr durch ständige Neuregelungen finanziell und aufwändig belastet werden?**
- **Wie setzen Sie sich für eine ausgewogene EU-Gesetzgebung und eine angemessene Umsetzung – ohne Verschärfung der Vorgaben – in Baden-Württemberg ein?**



■ **Handelsverband Baden-Württemberg  
Der Einzelhandel**

Neue Weinsteige 44  
70180 Stuttgart

Tel.: 07 11/6 48 64-40  
Fax: 07 11/6 48 64-24  
info@hv-bw.de  
www.hv-bw.de

Präsident: Horst Lenk  
Hauptgeschäftsführerin: Sabine Hagmann



■ **Hotel- und Gaststättenverband  
DEHOGA Baden-Württemberg**

Augustenstraße 6  
70178 Stuttgart

Tel.: 07 11/6 19 88-0  
Fax: 07 11/6 19 88-46  
hgf@dehogabw.de  
www.dehogabw.de

Präsident: Peter Schmid  
Hauptgeschäftsführer: Jürgen Kirchherr



■ **VDGA Verband für Dienstleistung,  
Groß- und Außenhandel**

Baden-Württemberg e.V.  
O 4, 13 – 16  
68161 Mannheim

Tel.: 06 21/1 50 03-0  
Fax: 06 21/1 50 03-29  
vdga@vdga.de  
www.vdga.de

Präsident: Gerhard Esterhammer  
Geschäftsführerin: Ursula Geller-Witt



■ **CDH Wirtschaftsverband für  
Handelsvermittlung und Vertrieb  
Baden-Württemberg**

Katharinenstraße 18  
70182 Stuttgart

Tel.: 07 11/24 81 27  
Fax: 07 11/24 17 73  
info@cdhbw.de  
www.cdhbw.de

Präsident: Martin Brunner  
Geschäftsführer: Heiko Kübler



■ **VSL Verband Spedition und Logistik  
Baden-Württemberg e.V.**

Eduard-Pfeiffer-Str. 11  
70192 Stuttgart

Tel.: 07 11/22 29 46-6  
Fax: 07 11/22 29 46-80  
info@vsl-spediteure.de  
www.vsl-spediteure.de

Präsident: Gerd-Jürgen Britsch  
Geschäftsführer: Andrea Marongiu



## EINZELHANDEL

- Jahresumsatz rund 79 Mrd. Euro
- über 37.000 Betriebe
- rund 490.000 Mitarbeiter/innen
- 17.000 Auszubildende

## HOTELLERIE UND GASTRONOMIE

- Jahresumsatz rund 8,27 Mrd. Euro
- 33.500 Betriebe im Hotel- und  
Gaststättengewerbe
- rund 244.000 Erwerbstätige
- 9.600 Auszubildende

## GROSS- UND AUSSENHANDEL

- Jahresumsatz rund 138 Mrd. Euro
- 16.000 Betriebe
- 203.000 Mitarbeiter/innen
- 9.000 Auszubildende

## HANDELSVERMITTLUNGEN

- Jahresumsatz rund 850 Mio. Euro
- 4.200 Firmen
- rund 15.000 Mitarbeiter/innen

## SPEDITIONEN

- Jahresumsatz rund 6 Mrd. Euro
- 1.000 Betriebe
- rund 80.000 Mitarbeiter/innen
- 3.000 Auszubildende

